

Bürger und Politik im Gespräch



Pflege-Wohngemeinschaften in Berlin
Dokumentation des 1. Berliner Dialogforums
am 4. September 2012

Dokumentation des 1. Berliner Dialogforums
Thema: Wege zur guten Pflege – wie wollen wir leben?
Pflegewohngemeinschaften in Berlin

Dienstag, 4. September 2012, 16 bis 19 Uhr
Werner-Bockelmann-Haus Seniorenzentrum



Fachliche Verantwortung:

Die Patientenbeauftragte für Berlin

Kontakt:

Karin Stötzner

Katrin Ulmer

(030) 9028-2010

patientenbeauftragte@sengs.berlin.de

www.berlin.de/lb/patienten

Eine Veranstaltung der Patientenbeauftragten für Berlin, Karin Stötzner, und des Senators für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja.

Unter Mitwirkung von:

Frau Adamy	Pflegestützpunkte
Frau Elß	Verbraucherzentrale Berlin
Frau Fock	Pflegestützpunkt Wilmersdorf
Frau Dr. Fuhrmann	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
Frau Gorny	Pflegestützpunkte
Frau Hall-Freiwald	Pflegestützpunkte
Frau Hegemann	Verbraucherzentrale Berlin
Frau v. d. Heydt	Verein Selbstbestimmt Wohnen im Alter e. V.
Frau Hoffmann	bpa – Verband privater Pflegeanbieter
Frau Jaeger	Alzheimer Gesellschaft Berlin e. V.
Frau Moryson-Geiss	LAGeSo
Herr Pawletko	Verein Freunde alter Menschen e. V.
Herr Petzold	AVG
Herr Rosenberg	Betreuungsbehörde Rdf.
Frau Rückemann	Verein Selbstbestimmt Wohnen im Alter e. V.
Frau Schütz	Landesamt für Soziales – LAGeSo
Frau Schröder	DRK Pflegeservice Südost gGmbH
Herr Schumann	Fachstelle für pflegende Angehörige
Herr Stocksclaeder	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
Frau Tammen-Parr	Beratungsstelle: Pflege in Not
Herr Wasel	Vertreter der Leistungsanbieter, AG der Freien Wohlfahrtspflege
Frau Welz	DRK Landesverband
Herr Winske	bpa – Verband privater Pflegeanbieter
Frau Prof. Dr. Wolf-Ostermann	Alice-Salomon-Hochschule

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für ihre Unterstützung und ihr großes Engagement!



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Bürgerinnen und Bürger sollen in die Gestaltung von Politik aktiv eingebunden werden, ihre Anliegen gehört und in die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung einfließen. Mit diesem Ziel erproben wir eine neue Form des Austauschs zwischen Betroffenen und Politik: das Dialogforum.

Wie genau funktioniert das Dialogforum? Unter dem Motto „Bürger und Politik im Gespräch“ können Sie im Rahmen einer Veranstaltung Ihre Anliegen, Wünsche und Fragen zu einem Thema benennen und direkt mit uns diskutieren. An zahlreichen Thementischen stehen zudem Experten, fachlich Zuständige, Mitglieder von Vereinen und Verbänden sowie von Selbsthilfegruppen für Ihre Fragen bereit und beteiligen sich intensiv am Dialog. Ihre Anregungen und Hinweise werden gesammelt und dokumentiert und können so in die politische Arbeit einfließen.

Das erste Dialogforum fand am 4. September 2012 im Werner-Bockelmann-Haus Seniorenzentrum statt. „Wege zur guten Pflege – wie wollen wir leben? Pflege-Wohngemeinschaften in Berlin“ lautete das Thema – ein Thema, das viele beschäftigt und angesichts der demographischen Entwicklung auch in Zukunft nichts von seiner Aktualität einbüßen wird. Die Reaktionen der Beteiligten, die wir mit Hilfe von Rückmeldekarten am Ende der Veranstaltung erfragt haben, waren durchweg positiv. Die rege Beteiligung von Bürgern und Fachleuten und die anregenden Diskussionen haben uns darin bestärkt, diese Veranstaltungsform zu verstetigen. Der Bürgerdialog soll zu einer dauerhaften Einrichtung werden.

Die Dokumentation des ersten Dialogforums halten Sie in den Händen. Wir hoffen, dass diese Sie neugierig macht – und würden uns freuen, beim nächsten Dialogforum mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!

Karin Stötzner Die Patientenbeauftragte für Berlin
Mario Czaja Senator für Gesundheit und Soziales

Inhalt

Das Dialogforum: Ziele	6
1. Berliner Dialogforum: Pflege-Wohngemeinschaften in Berlin	7
Einführung: Ambulant betreute Wohngemeinschaften	9
Einführung: Pflege-Wohngemeinschaften – von den Anfängen der Idee	12
Im Dialog	
1. Erwartungen und Wünsche	14
2. Informations- und Beratungsbedarf	17
3. Kosten und Finanzierung	19
4. Angehörige und Betreuer	21
5. Verträge und rechtliche Fragen	22
6. Qualität der Versorgung	23
Auswertung: Anliegen an die Politik	25
Wie weiter? Erste Schritte	26
Anhang	
Veröffentlichungen aus der Reihe „Gut altern in Berlin“	28
Unterstützung und Beratung	30

Das Dialogforum: Ziele



Gelegenheit zum Austausch

Betroffene und Experten, Politiker und Bürger kommen miteinander ins Gespräch.

Informationsbedürfnis stillen

Ratsuchende können sich ihre Fragen im direkten Gespräch von Experten beantworten lassen.

Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern aufgreifen

Politisch Verantwortliche informieren sich über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, um diese für die Politik nutzbar zu machen.

Hilfemöglichkeiten aufzeigen

Das Dialogforum soll Betroffene über Unterstützungsangebote für die Lösung von Problemen informieren.

Lösungswege aufzeigen

Politisch und fachlich Verantwortliche zeigen an Hand von Beispielen, wie Anliegen bearbeitet, geklärt und weiterentwickelt werden können.

Zu Mitarbeit und Beteiligung anregen

Der Dialog will für mehr Bürgerbeteiligung sorgen und das Selbsthilfepotential der Nutzerinnen und Nutzer gesundheitlicher Versorgungsangebote stärken.

1. Berliner Dialogforum: Pflege-Wohngemeinschaften in Berlin

16:00 Uhr

Begrüßung und Einführung

„Wege zur guten Pflege – wie wollen wir leben?“

Einführungsvortrag „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“
Prof. Dr. Karin Wolf-Ostermann

Einführungsvortrag „Pflege-WGs – von den Anfängen einer Idee“
Klaus W. Pawletko

16:30 Uhr

Dialoge an sechs Tischen



1. Information: Was sind Pflege-Wohngemeinschaften?

Passt das zu mir?

2. Sorgen und Wünsche: Was erwarten Bürgerinnen und Bürger
von einer Pflege-WG?

3. Kostenberatung: Welche Kosten kommen auf mich zu?
Wie kann ich das finanzieren?

4. Angehörige und Betreuer: Welche Aufgaben haben sie?

5. Gute Qualität: Wie kann ich sie erkennen? Wer prüft?
Wie kann ich mitgestalten?

6. Hilfemöglichkeiten: Wer hilft Ratsuchenden?
Was kann ich bei Problemen und Konflikten tun?

17:45 Uhr

Pause

18:00 Uhr

Auswertung und Ausblick

19:00 Uhr

Gemeinsamer Ausklang

Nach einer Begrüßung durch den Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja, und die Patientenbeauftragte, Karin Stötzner, führten Prof. Karin Wolf-Ostermann, Professorin für Pflegewissenschaften an der Alice-Salomon-Fachhochschule, und Klaus W. Pawletko, Gründer der ersten Pflege-WG in Berlin und des Vereins „Freunde alter Menschen“, in das Thema ein.



Danach gab es Gelegenheit zur Diskussion an sechs Thementischen. An jedem Tisch standen mehrere Experten zum Thema als Ansprechpartner bereit. Im Schnitt trafen 25 Interessierte auf vier Experten. Die Teilnehmenden waren eingeladen, ihre Fragen einzubringen und ihre Anregungen mit den Fachleuten zu diskutieren.

Ziel war es, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Chance zu geben, Fragen zu stellen oder ihren Vorschlag für eine Problemlösung einzubringen. Die Teilnehmenden konnten ein oder mehrere Themen wählen, zwischen den Tischen wechseln und so ihre Anregungen zu ver-

schiedenen Aspekten formulieren. Rund ein Drittel der Teilnehmenden wechselte im Verlauf der Veranstaltung die Tische, um sich an unterschiedlichen Diskussionen zu beteiligen, die anderen konzentrierten sich auf ein Thema.

An jedem Tisch wurden Fragen gestellt, beantwortet und diskutiert. Hinweise und Anregungen für die Politik wurden gesammelt und für die Auswertungsrunde dokumentiert. Jeder Thementisch entsandte eine Sprecherin oder einen Sprecher in die Auswertungsrunde, die die wichtigsten Anliegen für eine fachpolitische Weiterführung der Diskussion vorstellten und Anstöße für die Debatte gaben.

Die Offenheit der Situation wurde von den Beteiligten konstruktiv genutzt. Die Atmosphäre war sehr lebendig und wurde von den Anwesenden als anregend und spannend beschrieben. Tatsächlich kam die Veranstaltung so gut an, dass viele der Teilnehmenden auch noch nach der Auswertung und dem offiziellen Ende blieben, um sich weiter auszutauschen und zu diskutieren. Der Senator und die Patientenbeauftragte gingen mit einem dicken Bündel von Merktzetteln für ihre Arbeit nach Hause.

Einführung: Ambulant betreute Wohngemeinschaften

Prof. Dr. Karin Wolf-Ostermann

Neben der häuslichen Versorgung und der Pflege in „Heimen“ hat in Deutschland und in Berlin die Versorgungsform der ambulant betreuten Wohngemeinschaft (WG) für Menschen mit Pflegebedarf, insbesondere mit Demenz, in den letzten Jahren einen großen zahlenmäßigen Aufschwung erfahren.



Immer dann, wenn der Hilfebedarf und die ständige Präsenz von Betreuungspersonen für die Pflege alter und insbesondere dementer Menschen in der Familie durch Angehörige nicht mehr angemessen geleistet werden kann, wird nach einer Pflege in „häuslicher“ Umgebung gesucht.

Die Idee von Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige setzt auf Angebote mit

familienähnlichen, alltagsnahen Strukturen, in denen der Bezug zum Stadtteil und dem gewohnten Umfeld erhalten bleiben kann. Angehörigen behalten eine wichtige Rolle, und Selbstbestimmung und Selbstständigkeit sollen so weit wie möglich erhalten bleiben.

Ambulant betreute Wohngemeinschaften wollen durch überschaubare Lebensformen (Gruppengrößen von z. B. 7–12 Personen) die Lebensqualität und Autonomie ihrer Bewohner und Bewohnerinnen in größtmöglichem Umfang trotz krankheitsbedingter Einschränkungen erhalten.

Das Konzept der Pflege-WGs sieht vor, dass die Bewohnerinnen und Bewohner wie in der eigenen Häuslichkeit als Gruppe leben, aber durch einen ambulanten Pflegedienst betreut werden.

Die Pflege demenziell Erkrankter findet zunehmend in darauf spezialisierten Wohngemeinschaften statt. Aber nicht jede Wohnung, in der Pflegebedürftige leben, ist eine Pflege-WG.

Merkmale einer (selbstbestimmten) WG sind:

- WGs sind privater Lebensraum – Träger bzw. Betreiber unterstützen nur.
- Der Mietvertrag muss unabhängig von Verträgen zu Betreuungs- und Pflegeleistungen abgeschlossen werden.
- Vermieter und Erbringer der Pflegeleistung müssen unterschiedliche juristische Personen sein.
- Die Wahlfreiheit bezüglich des Pflege- und Betreuungsanbieters muss gegeben sein.
- Bewohner und Bewohnerinnen leben in der eigenen Häuslichkeit.

Berlin hat derzeit etwa 102.000 Pflegebedürftige und 465 Wohngemeinschaften.

Pflegewohngemeinschaften sind keine „Kleinstheime“. Sie sind deswegen keine Versorgungsform, in der die Hilfe, Betreuung und Pflege nach festen Standards durch die Kostenträger überprüft und kontrolliert werden kann, bzw. für die man dann auch bestimmte Leistungen einfordern kann.

Im Gegenteil: Pflegewohngemeinschaften sind – von der Definition her – private Wohnformen, in denen die Privatheit der Bewohner und Bewohnerinnen besonders

zu schützen ist. Einblick und Kontrolle steht formal nur den Betroffenen, ihren Angehörigen oder Betreuern zu.

Anforderungen an WGs werden in Berlin in §4 des Wohnteilhabegesetzes geregelt. Danach sind Pflege-Wohngemeinschaften betreute Wohnformen für pflegebedürftige Menschen, bei denen

- diese selbstbestimmt in einer Wohnung zusammen leben,
- eine gemeinsam organisierte Haushaltsführung stattfindet,
- Pflege- und Betreuungsleistungen eigenverantwortlich (bei Pflegediensten) eingekauft werden,
- in der Regel zwischen drei und zwölf Bewohner(innen) zusammenleben,
- Wohnraumanbieter und Träger der Pflegeleistungen als getrennte Rechtspersonen agieren.

Für die Weiterentwicklung dieser Betreuungsform gilt es, einen genauen Blick auf die Realität dieser Wohngemeinschaften zu werfen:

Die Vorstellung einer selbstbestimmten Versorgung, die sich Betroffene und Angehörige frei organisieren und für die sie dann z. B. eigenständig einen Pflegedienst aussuchen, entspricht nicht der Realität. Erstens ist die Mehrheit aller Wohngemeinschaften eine Versorgungs-

form für demenziell Erkrankte (also einer Gruppe, die kaum noch selbstorganisiert ihr Leben bewältigen kann) und zweitens zeigt die Tatsache, dass zwischen 80 und 90 Prozent der WGs nur einen einzigen Pflegedienst beschäftigen, dass hier eher eine „Anbieterstruktur“ der Pflegeakteure besteht.

Aus den Erhebungen in Berlin weiß man auch, dass die Mehrzahl der Bewohnerinnen und Bewohner Menschen mit hohem Pflegedarf (Pflegestufe II und mehr) sind.

Ein anderes Indiz dafür, dass WGs nicht so sehr eine selbstbestimmte Lebensform mit aktiver Beteiligung der Angehörigen sind, sondern sich auf dem Weg zu einer Versorgungsform befinden, ist der hohe Anteil an Pflegebedürftigen in Betreuung (im Jahr 2011: 71 Prozent).

Wie selbstbestimmt sind Wohngemeinschaften also?

Familien, in denen eigene Lösungen für die Pflege gesucht werden, wünschen sich eine möglichst alltagsnahe Lebensform mit hohen Anteilen an Gewohntem, Individualität und Selbstbestimmung. Das setzt den Schutz der Privatsphäre vor Fremdbestimmung voraus. Andererseits besteht ein erhebliches Interesse an guter und fachgerechter Versorgung. Diese wiederum braucht den Blick von außen, den Abgleich mit Standards und

auch die Kontrolle durch Fachleute und berechnete Instanzen.

Wenn die Nachfrage nach dieser Hilfeform bei Pflegebedarf zunimmt, dann muss dieses Spannungsfeld Thema für weitere Diskussionen sein. Ausgangspunkt dafür müssen die Anforderungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger selbst sein. Die Politik muss diese daher kennen.

Einführung: Pflege-WGs – von den Anfängen der Idee

Klaus W. Pawletko

Lange Zeit glich die Suche nach einer adäquaten Versorgungsmöglichkeit für Demenzkranke der sprichwörtlichen Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Für uns war und ist dies der Anlass, nach neuen Wegen der Versorgung von Menschen mit Demenz zu suchen.

Die „Freunde alter Menschen“ haben 1996 die erste Wohn- und Betreuungsform entwickelt, die nicht nur eine Alternative zur Heimunterbringung sein wollte, sondern auch den Betroffenen und ihren Angehörigen Rahmenbedingungen „wie zu Hause“ bietet.

Dabei waren mehrere Missstände für uns ausschlaggebend, eine Alternative zur Pflege zu Hause und zur klassischen Heimunterbringung zu entwickeln:

1. Die Defizite in der Versorgung von Menschen mit Demenz in stationären Pflegeeinrichtungen: Seinerzeit waren die allermeisten Heime weder personell, noch strukturell (was die Arbeitsorganisation anbelangt), noch architektonisch auf die Versorgung von Menschen mit Demenz eingerichtet.

2. Die Not vieler Angehöriger, die ihre an Demenz erkrankten Familienmitglieder versorgen und die Belastung nicht mehr tragen konnten oder wollten: Eine häusliche Versorgung – ob in einer gemeinsamen Wohnung oder in der Wohnung des an Demenz erkrankten Menschen – bringt die Pflegepersonen häufig und schnell an den Rand der Belastbarkeit. Als Alternative zur permanenten Überlastung kam seinerzeit nur eine Heimunterbringung in Frage. Dies entsprach aber nicht den Bedürfnissen einer erheblichen Anzahl von pflegenden Angehörigen, die zwar gerne ihre Belastung reduzieren wollten, die Verantwortung für ihren Angehörigen aber nicht an eine Institution abgeben wollten.

3. Die Dominanz von Trägern der Altenhilfe bei der Definition dessen, was „gut für Menschen mit Demenz“ ist: Wir wollten ein Versorgungsmodell erproben, bei dem der zu Betreuende nicht nur „im Mittelpunkt“ steht, sondern auch selbst bestimmen kann, was das für sie oder ihn bedeutet. Soziologisch ausgedrückt ist das ein Versuch, einen Paradigmenwech-

sel in der Altenpflege zu versuchen: weg von anbietergesteuerten Angeboten hin zu einem nachfragegesteuerten Versorgungsmodell, in dem die Versorgten die „Herren im Haus“ sind.

4. Das Nichtvorhandensein häuslicher Betreuungs- und Pflegemodelle für diese Zielgruppe und die Überzeugung, dass kleinräumige Pflege-Arrangements eine adäquate Antwort auf das Krankheitsbild einer Demenz darstellen können.

5. Last but not least **die Unzufriedenheit vieler professioneller Altenpfleger**, die in den vorhandenen Strukturen häufig gegen ihre Überzeugungen agieren mussten.

Viel Aufklärungsarbeit bei Kostenträgern, Ordnungsbehörden und Sozialverwaltungen war nötig, um Vorbehalte gegenüber diesen Wohngemeinschaften aus dem Weg zu räumen. Nicht selten bewegten wir uns dabei in einer juristischen Grauzone, da es die gesetzlichen Vorgaben von heute noch nicht gab.

Bei den eigenen Wohngemeinschaften achten wir auf Qualität nach festgelegten Standards, die uns bei den Nutzern, ihren Angehörigen und der Fachöffentlichkeit nach wie vor Anerkennung einbringt. Freunde alter Menschen sind nicht nur Generalmieter der Immobilien, sondern auch Anwalt und Vermittler unserer Mieter, wenn es um Konflikte untereinander oder mit dem beteiligten Pfle-

gedienst geht. Dabei verstehen wir uns nicht als „Kontrollbehörde“, sondern als partnerschaftliches Frühwarnsystem, das eventuell auftretende Mängel in Pflege und Betreuung an alle beteiligten Akteure weiter vermittelt und zu deren Beseitigung beiträgt.

Wir achten in besonderer Weise auf Mitsprache von Betroffenen und Angehörigen. In regelmäßigen Angehörigen-Treffen werden alle Belange der demenzkranken Bewohner diskutiert und entschieden. Hier haben die Angehörigen das letzte Wort, wenn ein neuer Mitbewohner gesucht wird, aber auch wenn es um Anschaffungen oder die Höhe des Haushaltsgeldes geht, wird nach demokratischen Prinzipien entschieden.

Und die alten Menschen selbst? Von ihnen hat sich wohl niemand vorstellen können, einmal in einer Wohngemeinschaft zu leben. Aber uns geht immer wieder das Herz auf, wenn wir sehen, wie gut es ihnen offensichtlich geht. Natürlich können auch unsere Wohngemeinschaften die Krankheit nicht heilen, aber wir sehen täglich, dass sich Lebensfreude und Demenz nicht ausschließen müssen!

Heute gehören ambulant betreute Wohngemeinschaften längst zum sozialpflegerischen Alltag. Dafür bereiten uns die zunehmende Kommerzialisierung und die zweifelhafte Qualität mancher Angebote Sorgen.



Im Folgenden dokumentieren wir die Fragen und Hinweise, Erwartungen und Wünsche, die in der Vorbereitungsphase der Veranstaltung und während des Dialogs an den Thementischen formuliert wurden.

1. Erwartungen und Wünsche

Strukturelle Rahmenbedingungen

- der Charakter von Privatwohnungen sollte bestehen oder erhalten bleiben: Kleine Einheiten, überschaubar, mit Wohnbereich und klassischer Küche sowie ausreichend Rückzugsmöglichkeiten für den Einzelnen.
- Wohngemeinschaften müssen umfassend behindertengerecht sein.
- Wohngemeinschaften sollten einen wohnungsnahen Zugang nach draußen haben: Garten, Terrasse oder Balkon.

Anforderungen an das Personal

- Es sollte einen definierten Personalschlüssel geben, der für alle Pflege-Wohngemeinschaften gilt.
- In Wohngemeinschaften sollte ausreichendes und qualifiziertes Personal verfügbar sein.
- Das Verhältnis von ausgebildeten Pflegekräften und Aushilfspersonal sollte ausgewogen sein.
- Der Einsatz von Pflegepersonal muss sich nach dem Bedarf und den Anforderungen der Betroffenen richten und dennoch die Möglichkeit zur Anpassung an sich verändernde Bedürfnisse ermöglichen. Es muss sichergestellt sein, dass angemessene Leistungsentgelte für Pflegekräfte gezahlt werden, damit diese eine dem Versorgungsbedarf entsprechende Arbeit leisten können.

- Angesichts des hohen Anteils von Menschen mit Demenz in Pflegewohngemeinschaften sollten die Pflegekräfte spezielle Qualifikationen (beispielsweise eine gerontopsychiatrische Zusatzqualifikation) für diese Arbeit haben und dies belegen können.

DISKUSSIONSBEDARF

Diese Anforderungen sind öffentlich mit fachlich und politisch Verantwortlichen zu verhandeln. Wer ist entscheidungsberechtigt?

Mitbestimmung und Beteiligung

- Wohngemeinschaften sollten klare Regelungen und faktische Möglichkeiten zu Selbstbestimmung und Selbstverwaltung definieren. Diese müssen transparent sein.
- Es muss klar sein, wer die Beteiligungsmöglichkeiten definiert, festlegt und verhandelt.
- Die Anliegen der Angehörigen müssen berücksichtigt werden.
- Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen (soweit sie das noch können) und der Angehörigen bei der Auswahl und „Nachbesetzung“ der Bewohnerinnen und Bewohner müssen gewährleistet sein, also keine „Zwangszusammensetzung“ der Wohngruppe durch Externe.

DISKUSSIONSBEDARF

Faktisch bestimmen die Pflegedienste die Zusammensetzung der Gruppe in der Wohngemeinschaft. Wie kann der Einfluss der Bewohner und Angehörigen gestärkt werden?

Ärztliche Versorgung

- Die ärztliche Versorgung (haus- und fachärztlich) muss sichergestellt sein. Es muss klare Regelungen für die Zuständigkeit bei einem notwendigen Arztbesuch geben. Die Verantwortungsbereiche von Pflegedienst, Angehörigen, und Betreuern müssen geklärt sein.
- Die Versorgung in der WG muss kontrolliert werden.

Erwartungen an den Pflegedienst

- Bewohner und deren Angehörige wünschen sich, dass ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprochen wird. Sie suchen nach Anbietern, die das Konzept einer Bedarfsorientierung konkret und lebendig gestalten.
- Es sollte transparente und einklagbare Beratungs- und Schulungsstandards für Pflegedienste geben, die WGs betreuen.
- Pflege-Dienste, die WGs betreiben, sollten von sich aus ihre Qualitätsstandards öffentlich machen, damit sie für Wahlentscheidungen hilfreich sein können.
- Wer entscheidet über den Einsatz des Personals und damit über die angemessene Finanzierung des Pflegepersonals?



2. Informations- und Beratungsbedarf

Definition und Informationsangebote

- Wo findet man allgemeine Informationen zu Pflege-Wohngemeinschaften?
- Wie werden Pflegewohngemeinschaften definiert?
- Wer definiert, was eine Pflege-WG ist?
- Wer stellt Transparenzinformationen zur Verfügung?
- Welche Kriterien gibt es für eine „transparente“ Darstellung der Angebote?
- Wer könnte Mittler und Akteur für die Herstellung dieser Transparenz sein?
- Gibt es eine Möglichkeit, flächendeckend für Berlin ein öffentliches Verzeichnis für Wohngemeinschaften zu erstellen?
- Wer führt durch das System? Wer kann die Suche nach einer passenden WG nutzerfreundlich gestalten?
- Wissen über die Angebote für eine fundierte Auswahlentscheidung sollte nicht nur im Internet zur Verfügung stehen, sondern auch schriftlich oder durch qualifizierte Beratungsstellen bereitgestellt werden.
- Wo erfährt man etwas über freie Plätze?

Zielgruppen und Aufnahmebedingungen

- Können in WGs alle Bewohner mit Pflegestufen und jeder Erkrankung betreut werden?
- Wo kann man erfahren, welche Angebote für besondere Zielgruppen bestehen? Z. B. für Menschen mit Dialysebedarf, Wachkomapatienten oder Sterbende?
- Gibt es Angebote für Familien mit behinderten Angehörigen?
- Ist die Aufnahme in eine WG an das Vorhandensein einer Pflegestufe gebunden?
- Wie sind die Versorgungsstandards?

Interne Organisation

- Welche Regeln gibt es für das Zusammenleben in WGs?
- Wer darf diese Regeln bestimmen?
- Darf ein Kostenträger Regeln in WGs vorgeben?
- Müssen in Wohngemeinschaften zu jeder Tages- und Nachtzeit Pflegekräfte anwesend sein?

DISKUSSIONSBEDARF

Wenn ein großer Teil der Bewohnerinnen und Bewohner Menschen mit demenziellen Erkrankungen sind, wie kann das Konzept von Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit als tragende Idee für Pflegewohngemeinschaften realisiert werden?

- Hinweis: Informationen zu Alzheimer und anderen Demenzformen
<http://www.wegweiser-demenz.de/>



3. Kosten und Finanzierung

Welche Kosten kommen auf Betroffene und Angehörige zu?

Wie kann die Versorgung finanziert werden?

Transparenz in Kostenfragen

- Wie gestalten sich die Kosten einer WG-Versorgung?
- Wer stellt Informationen zur Verfügung, die einen realistischen Kostenvergleich möglich machen?
- Wie gestaltet sich die Darstellung der Kosten für eine konkrete WG und wie wird hier eine Überschaubarkeit der Finanzierung sichergestellt?
- Wie wird die Kostenübernahme durch das Sozialamt geregelt und wo bekommt man dazu eine übersichtliche Auskunft?
- Welche Möglichkeiten gibt es, Transparenz zum angemessenen Verhältnis von Kosten und Leistung einer WG zu bekommen?

Kostengerechtigkeit in der Wohngemeinschaft

- Wie gestalten sich die Kosten für die Pflegebedürftigen und Angehörigen, wenn in einer WG der Pflegebedarf der Bewohner/innen unterschiedlich groß ist, wenn es also eine gemischte WG ist, in der Menschen ohne Pflegebedarf mit pflegebedürftigen und schwer pflegebedürftigen Menschen zusammen wohnen?
- Wie gestalten sich die Kosten in einer WG in Abhängigkeit vom Pflege- und Betreuungsbedarf?
- Wie werden Anschaffungskosten (z. B. Für Waschmaschine, Fernseher) umgelegt und wie werden diese Kosten ins Verhältnis zu den Bedarfen der einzelnen Bewohner/innen geregelt?
- Verfügbarkeit von bezahlbaren Wohngemeinschaften durch bezahlbaren Wohnraum: Mietkosten sind ein erheblicher Anteil der Kosten einer WG. Was kann die Politik tun, um angemessenen und finanzierbaren Wohnraum für diese Versorgungsform zur Verfügung zu stellen?
- Was sind angemessene Kosten für den Wohnraum im Verhältnis zu den anderen Kosten?

Fördermöglichkeiten

- Gibt es Unterstützung für diejenigen, die eine Wohngemeinschaft gründen wollen und dafür finanzielle Förderung brauchen?
- Wer fördert die Gründung und Finanzierung von Pflegewohngemeinschaften?



4. Angehörige und Betreuer

Angehörige von Pflegebedürftigen sind in der Regel die treibenden und handelnden Personen, wenn es um die Entscheidung für eine Pflege-Wohngemeinschaft geht. Welche Wünsche haben sie und welchen Unterstützungsbedarf formulieren sie?

Auch wenn faktisch ein Großteil der Angehörigen oder Betreuer/innen keine speziellen Anforderungen an die Organisation in Wohngemeinschaften hat und froh ist, dass die Betroffenen versorgt sind, so werden doch von einem kleinen aktiven Teil klare Wünsche und Anforderungen formuliert. Im Mittelpunkt stehen dabei Transparenz und leicht zugängliche nutzerfreundliche Information zu bestehenden Wohngemeinschaften (Wo sind WGs, wie findet man sie?), zum Leistungsspektrum, der Qualität, dem eingesetzten Personal und dessen Qualifikation.

Förderung von mehr Beteiligung

- Wollen oder können sich Angehörige und Betreuer stärker in das WG-Leben einbringen?
- Wie können Angehörige stärker in die Wohngemeinschaften eingebunden werden?

DISKUSSIONSBEDARF

Faktisch gibt es nur wenige Angehörige, die Kraft und Zeit haben, die Rolle als Kontrollinstanz für die Einhaltung des Selbstbestimmungsprinzips zu übernehmen. Da Betroffene aber ansonsten „fast alleine mit dem Pflegedienst sind“, ist zu diskutieren: Wie können Angehörige diese Funktion besser wahrnehmen?

Die Rolle der Betreuer/innen

- In vielen Fällen werden Pflegebedürftige nicht von Angehörigen begleitet, sondern von Betreuer/innen. Wie ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen Angehörigen, Betreuer/innen, Pflege und Ärzten möglich?
- Gibt es bestimmte Anforderungen zur Qualifikation von Betreuern in WGs?
- Was passiert, wenn ein Berufsbetreuer sich nicht kümmert?

5. Verträge und rechtliche Fragen

Was sind die formalen Unterschiede zwischen ambulant betreuten Wohngemeinschaften und stationären Pflegeeinrichtungen (Heimen)? Und welche Konsequenzen haben diese unterschiedlichen Formen für die Rechte und Pflichten der Angehörigen?

Beratungsbedarf zu rechtlichen Fragen

- Wer berät zu vertraglichen Angelegenheiten und vor einem Vertragsabschluss für eine WG?
- Was muss man zu den unterschiedlichen Verträgen in einer WG wissen, z. B. Mietvertrag, Pflegevertrag, Verträgen mit Versicherungen
- Gibt es Informationsmaterial zu Verträgen?
- Wie wird der Umgang mit Eigentum in den Wohnungen geregelt?

Beschwerde- und Kontrollmöglichkeiten

- Benötigt wird ein Wegweiser, der bei Problemen und Konflikten aufzeigt, was getan werden kann und wer die Ansprechpartner sind.
- Notwendig sind neutrale und unabhängige Beschwerdeinstanzen, die speziell auch für die Belange von Angehörigen ein Ohr haben.
- Erforderlich sind Kooperationen z. B. beim Beschwerdemanagement zwischen den verschiedenen Akteuren.
- Notwendig ist eine „Task-Force“ für akute Probleme in WGs, z. B. wenn Angehörige in der Zusammenarbeit mit dem Pflegedienst nicht weiterkommen.
- Auch wenn Wohngemeinschaften den Status einer Privatwohnung haben und keine Heimeinrichtung sind, sollten die Kontrollen zur Einhaltung von Bedingungen für gute Arbeit, von Standards und Richtlinien verbindlich und transparent geregelt sein.

DISKUSSIONSBEDARF

Reichen die in Berlin verfügbaren Kapazitäten von Anlauf- und Beschwerdestellen bei Problemen in diesem Bereich?

6. Qualität der Versorgung

Informationsangebote

- Welche Qualitätsstandards muss eine WG heute schon erfüllen und wer überprüft diese?
- Woher bekommt man diese Information?
- Gibt es eine Checkliste für Qualitätsmaßstäbe?
- Sind die Erfahrungen und Informationsbedürfnisse der Angehörigen bei der Erarbeitung berücksichtigt worden?

Transparenz

- Pflegedienste sollten sichtbar machen, ob und welches Qualitätsmanagement es in der WG gibt.
- Es sollte ein spezielles Qualitätssiegel zur WG-Tauglichkeit eines Pflegedienstes geben.
- Gibt es Möglichkeiten, WGs zu zertifizieren?
- Wie ist der Konflikt zu lösen, dass es sich bei Pflegewohngemeinschaften um privaten Wohnraum handelt, den man ja sonst auch nicht durch Dritte zertifizieren lassen will?
- Notwendig ist eine Berliner Transparenz-Initiative zur Veröffentlichung von abgestimmten Basisinformationen über die Qualität von Wohngemeinschaften.
- Diese Informationen müssen transparent zur Verfügung gestellt werden.
- Beteiligung von Angehörigen als Qualitätsmerkmal.
- Die Beteiligungsmöglichkeiten der Angehörigen bei der Frage der Qualität müssen definiert sein und schriftlich dargelegt werden.
- Gibt es Ideen, Prüfstellen für die WGs von staatlicher Seite einzurichten?

Qualitätsprüfung

- Wer überprüft die Einhaltung von Standards?
- Mit welchen Instrumenten werden die Angebote und Leistungen geprüft?
- Wer definiert den Katalog der Fragen, die in eine Prüfung eingehen?
- Wie kann eine bessere Einbindung von Angehörigen in die Diskussion um Prüfkriterien erreicht werden?

DISKUSSIONSBEDARF

- Woran können Betroffene und Angehörige Qualität erkennen?
- Gibt es einen Konsens zu Qualitätsstandards?
- Wie kann man den Konflikt zwischen Selbstbestimmung und Qualität aufgreifen?
- Wer dokumentiert die Qualität für die Transparenz: Welche Rolle kann die Politik übernehmen?

➤ Hinweis: <http://www.wg-qualitaet.de>

Kontroverse Anliegen der Teilnehmenden

In Wohngemeinschaften haben staatliche Kontrollen und Dienste von Pflegekassen nur sehr beschränkt eingzugreifen.	Wohngemeinschaften sollten wie stationäre Pflege-Einrichtungen durch Heimaufsicht und MDK regelmäßig geprüft werden können.
Wohngemeinschaften sind Privatbereiche, in denen jede Form von Individualität gelebt werden darf und möglich sein muss. Eine „Normierung“ durch Prüfvorgaben ist fehl am Platz.	Es muss neutrale Instanzen geben, die für einen Ausgleich zwischen Qualität und Kontrolle sorgen und es muss ein ausgewogenes Verhältnis von Privatheit und Kontrolle geben. Dafür ist eine stärkere öffentliche Diskussion mit Beteiligten erforderlich.

Auswertung: Anliegen an die Politik

Fasst man die die Fragen, das Informationsbedürfnis und die Anforderungen der **Bürgerinnen und Bürger** zusammen, kristallisieren sich **folgende zentrale Anliegen** heraus, die für die weitere politische Debatte von Bedeutung sein werden:

- Bereitstellung transparenter Informationsangebote, mit ergänzenden Angeboten persönlicher und schriftlicher Beratung für eine fundierte Entscheidung für eine Wohngemeinschaft, Schaffung einer Transparenzplattform im Internet
- Aufbau eines speziellen Beratungsangebots für Wohngemeinschaften
- Öffentlicher Diskurs über die Qualität in Pflege-Wohngemeinschaften, inkl. der Entwicklung von verbindlichen Qualitätsstandards
- Debatte darüber, wie das Spannungsverhältnis zwischen privater Lebensform und der Notwendigkeit der Sicherstellung guter Versorgung gemeistert werden kann.
- Stärkung der Angehörigen und Vertretungsberechtigten von Bewohnerinnen und Bewohnern bei der Gestaltung von Wohngemeinschaften.
- Initiativen für eine Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. Prüfrichtlinien) im Hinblick auf die besonderen Belange von Pflege-wohngemeinschaften
- Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an barrierefreien Wohnungen für das Zusammenleben im Alter.
- Initiativen des Senats zur Ausweitung des Angebots an verfügbaren Wohnungen entsprechend des Bedarfs, beispielsweise Einflussnahme des Senats auf die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.
- Angebote für die Aufnahme und Bearbeitung von Beschwerden zu Wohngemeinschaften, einschließlich Auswertungen von Beschwerden für einen Verbesserungsprozess.
- Stärkung des “Netzwerks Beschwerden in der Pflege“ bei der Patientenbeauftragten.

Wie weiter? Erste Schritte

Eines der am häufigsten formulierten Anliegen im Zusammenhang mit den Pflege-wohngemeinschaften in Berlin war das Bedürfnis nach gebündelter Information zu den im Dialog angesprochenen Fragen.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat die wichtigsten Informationen rund um das Thema Pflege-WG in einer Broschüre zusammengestellt: **Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz. Eine alternative Wohn- und Betreuungsform** (siehe S. 28).

Sie bietet Informationen zu folgenden Fragen:

1. Wie verhalten sich Menschen mit Demenz?
2. Welche Hilfen gibt es für die Pflege zu Hause?
3. Welche alternativen Wohnformen gibt es?
4. Wie unterscheiden sich die Wohngemeinschaften?
5. Was kennzeichnet eine Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz?
6. Ist eine Wohngemeinschaft das richtige Angebot für meine Mutter/meinen Vater?
7. Welche Aufgaben haben die Angehörigen?
8. Welche Rolle hat der Pflegedienst?
9. Was ist mit dem Vermieter zu regeln?
10. Welche weiteren Partner kann es geben?
11. Welche Kosten entstehen und wie werden sie finanziert?
12. Kann ich eine Wohngemeinschaft selber aufbauen?
13. Wie finde ich eine passende Wohngemeinschaft?
14. Was spricht für eine gute Arbeit des Pflegedienstes?

15. Was sollte ich beim Umzug beachten?
16. Wie verhalte ich mich gegenüber den Pflegedienstmitarbeitern?
17. Was kann ich tun, wenn ich mit der Versorgung nicht zufrieden bin?
18. Was kann ich tun, damit meine Mutter/mein Vater in Würde sterben kann?

Darüber hinaus enthält die Broschüre einen Kriterienkatalog für die Auswahl einer Wohngemeinschaft, Empfehlungen für eine Angehörigen-Vereinbarung sowie eine Übersicht zu den wichtigsten Ansprechpartnern.

Weitere Schritte:

Das Land Berlin hat das parlamentarische Verfahren zum Pflegeeneuausrichtungsgesetz genutzt, um einen Antrag zur Etablierung von Qualitätsstandards in Wohngemeinschaften einzubringen. Der Antrag wurde zwar von den anderen Bundesländern mehrheitlich unterstützt, die Bundesregierung hat das Anliegen der Bundesländer jedoch nicht aufgegriffen. Dennoch haben sich die Senatsverwaltung und die Anbieterseite auf einen ersten wichtigen Qualitätsstandard für Pflege-Wohngemeinschaften geeinigt: In Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz wird es künftig einen Personaleinsatzplan geben. Dieser zeigt Bewohnern, Angehörigen, gesetzlichen Betreuern und Kostenträgern, mit welchem Personaleinsatz die Pflege in der Wohngemeinschaft gewährleistet wird.

Seit dem vergangenen Jahr veröffentlicht das Landesamt für Gesundheit und Soziales die Prüfberichte der Berliner Heimaufsicht im Internet. Dies betrifft vorrangig stationäre Pflegeeinrichtungen, erhöht jedoch allgemein die Transparenz im Pflegebereich.

Das Land Berlin beteiligt sich zudem an der Umsetzung der bundesweiten Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive im Bereich der Altenpflege. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des damit einhergehenden steigenden Fachkräftebedarfs in der Altenpflege soll in einer gemeinsamen Initiative von Bund, Ländern und Verbänden die Aus- und Weiterbildung zur Altenpflegefachkraft gestärkt und die Attraktivität des Berufsfeldes gesteigert werden.

Anhang

Veröffentlichungen aus der Reihe „Gut altern in Berlin“

Diese Broschüren der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales können Sie bei uns bestellen:

E-Mail: broschuerenstelle@sengs.berlin.de

Telefon: (030) 9028 2826

oder im Internet downloaden:

➔ <http://www.berlin.de/sen/soziales/downloads/pflege/>

Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz – eine alternative Wohn- und Betreuungsform

Die Zahl der Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Dazu haben verschiedene Faktoren beigetragen, wie z. B.



die familienähnliche Atmosphäre und überschaubare Strukturen, die die Orientierung erleichtern und das Sicherheitsgefühl stärken. Ob diese alternative Wohnform für Sie oder Ihre Angehörigen in Frage kommt, beantwortet die Broschüre „Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz – eine alternative Wohn- und Betreuungsform“ im ersten Teil. Im zweiten Teil der Broschüre geht es um Fragen rund um die Gründung einer Wohngemeinschaft, Umzug und Eingewöhnung sowie einen gelungenen Alltag.

Was ist wenn...? – 22 Fragen zum Thema Häusliche Pflege

Diese Broschüre ist für all jene Berlinerinnen und Berliner gedacht, die Antworten auf grundsätzliche und praktische Fragen zur häuslichen Pflege suchen. Sie gibt einen Überblick darüber, was bei eigener Pflegebedürftigkeit oder Pflegebedürftigkeit eines Angehörigen auf einen Menschen zukom-



men kann. Darüber hinaus erfahren Sie, was geregelt werden sollte und welche Einrichtungen und Dienste Ihnen Rat oder Hilfestellungen bei häuslicher Pflege bieten.

Häusliche Pflege – was tun bei Pflegefehlern, Abrechnungsmanipulation und Gewalt?

Häusliche Pflege ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Gute Pflege liegt in der



Verantwortung aller. Wachsamkeit sowie ein offener Umgang können dazu beitragen, dass fahrlässiges oder vorsätzliches Fehlverhalten in der Pflege keinen Boden findet. Die Broschüre „Häusliche Pflege – was tun bei Pflegefehlern, Abrechnungsmanipulation und Gewalt?“ soll dazu einen Beitrag leisten. Sie bietet Anregungen und Hilfestellungen für Pflegebedürftige, Angehörige, Betreuer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten.

Diese Broschüre liegt auch auf Türkisch vor.

Wenn Ihr Arzt nicht mehr heilen kann ...

Dieser Wegweiser informiert über die gesellschaftlich relevanten Themen Sterben, Tod und Trauer. Auch in Berlin gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Angeboten, die sterbenden Menschen und ihren Angehörigen auf ihrem Wege helfen sollen. Die Broschüre soll Ihnen Mut machen, die schwierige Situation zu meistern und sich die Hilfe und Unterstützung zu holen, die Sie dafür benötigen.



Unterstützung und Beratung

Ausgewählte Ansprechpartner zu ambulant betreuten Wohngemeinschaften

Alzheimergesellschaft Berlin

Friedrichstraße 236
10969 Berlin

Tel.: (030) 89094357

E-Mail: info@alzheimer-berlin.de

Web: <http://www.alzheimer-berlin.de>

Alzheimer-Angehörigen-Initiative Berlin

Reinickendorfer Straße 61
13347 Berlin

Tel.: (030) 47378995

E-Mail: AAI@alzheimerforum.de

Web: <http://www.Alzheimer-Organisation.de>

Angebote: Umgang mit demenzkranken Menschen;
Erfahrungsaustausch unter Betroffenen in Gesprächsgruppen

Freunde alter Menschen

Hornstraße 21
10963 Berlin

Tel.: (030) 6911883

E-Mail: fam@petits-freres.org

Web: <http://www.freunde-alter-menschen.de>

Angebote: Beratung zu Konzept Wohngemeinschaften; Selbstbestimmung,
Qualitätskriterien, Leistungsansprüchen; Kostenbestandteilen,
Empfehlungen, Gründungsberatung (nur für Angehörige kostenlos)
Unterstützung bei Mängeln in Pflege und Betreuung; Unterstützung bei Beschwerden;
Moderation – sofern Kapazitäten

Verein Selbstbestimmt Leben im Alter SWA e. V.

im Haus des älteren Bürgers

Werbellinstraße 42
12053 Berlin

Di : 15-19 Uhr, Tel.: (030) 85 40 77 18

E-Mail: verein@swa-berlin.de

Angebot: Materialien zur Unterstützung von Angehörigen und zu Qualitätskriterien

Die Patientenbeauftragte für Berlin

Oranienstraße 106
10969 Berlin

Tel.: (030) 9028-2010

E-Mail: patientenbeauftragte@sengs.berlin.de
Web: <http://www.berlin.de/lb/patienten>

Angebot: Koordinierungsstelle für Beschwerden im Pflegebereich

Pflege in Not

Bergmannstraße 44
10961 Berlin

Tel.: (030) 69598989

E-Mail: pflege-in-not@diakonie-stadtmitte.de
Web: <http://www.pflege-in-not-berlin.de>

Angebote: Beratung zu Verhalten bei Überforderung; Umgang mit Konflikten; rechtliche Fragen, Unterstützung bei Beschwerden; Mängel in Pflege und Betreuung; Mediation – sofern Kapazitäten

Sozialämter

Kontakt je nach Wohnort

Angebote: Beratung zu und Gewährung von Leistungen nach SGB XII, z. B. Obergrenzen bzw. Richtwerte, Anrechnung von Einkommen/Vermögen, Unterhaltspflicht, inhaltlich-fachliche Fragen

Pflegekassen / Krankenkassen

Kontakt Daten je nach Mitgliedschaft

Angebote: Beratung zu und Gewährung von Leistungen nach SGB XI / V
Unterstützung bei Mängeln in Pflege und Betreuung

Heimaufsicht

Turmstraße 21 (Haus A)
10559 Berlin

Tel.: (030) 90229-3333

E-Mail: heimaufsicht@lageso.berlin.de

Web: <http://www.berlin.de/lageso/soziales/heimaufsicht>

Angebote: Anforderungen nach dem Wohnteilhabegesetz und seinen Verordnungen, Mängel in Pflege und Betreuung; Personalqualifikation und Ausstattung, Recht auf Selbstbestimmung – Folgen bei Nichtbeachtung, Unterstützung bei Beschwerden

Verbraucherzentrale Berlin e. V.

Hardenbergplatz 2
10623 Berlin

Tel.: (030) 214 85-0

Fax: (030) 211 72 01

E-Mail: mail@verbraucherzentrale-berlin.de

Angebot: Patienten-/Pflegerberatung Tel.: 0900-1-8877-104

Alzheimer-Telefon der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: 01803-17 10 17

Online-Wegweiser Demenz des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.wegweiser-demenz.de/>

Zimmerbörse und Informationsangebot des Vereins zur Förderung altersgerechten Wohnens e. V. unter: <http://www.verein-faw.de/>

Bundesmodellprojekt Qualitätssicherung in ambulant betreuten Wohngemeinschaften: <http://www.wg-qualitaet.de/>

Pflegestützpunkte

Pflegestützpunkte sind Beratungsstellen, die gemeinsam von den Kranken- und Pflegekassen sowie der Stadt Berlin getragen werden. Sie beraten neutral und unterstützen hilfe- und pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sowie andere Ratsuchende, Einrichtungen und Organisationen.

Die kostenfreie gemeinsame Service-Nummer der Pflegestützpunkte lautet 0800 59 500 59 und ist Mo bis Fr von 9:00 bis 18:00 Uhr erreichbar.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Bundesallee 50, 10715 Berlin

Tel.: (030) 893 12 31, Fax: (030) 857 28 337

E-Mail: rund-ums-alter@unionhilfswerk.de

Zillestraße 10, 10585 Berlin

Tel.: 0800/265 080 25201 (kostenfrei), Fax: 0800/265 080 25206

E-Mail: zillestr@pfligestuetzpunkteberlin.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Axel-Springer-Straße 50, 10969 Berlin

Tel.: (030) 25 92 82 45 Fax: (030) 25 92 82 50

E-Mail: vdek-pfligestuetzpunktberlin@t-online.de

Straußberger Platz 13/14, 10243 Berlin

Tel.: 0800/265 080 22660 (kostenfrei), Fax: 0800/265 080 22971 (kostenfrei)

E-Mail: mehringplatz@pfligestuetzpunkteberlin.de

Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin Tel.: (030) 25 70 06 73, Fax: (030) 23 00 55 80

E-Mail: pfligestuetzpunkt@diakoniestadtmitte.de

Wilhelmstraße 138, 10963 Berlin Tel.: (030) 613 76 07 61, Fax: (030) 613 76 07 69

E-Mail: psp-berlin-kreuzberg@kbs.de

Lichtenberg

Einbecker Straße 85, 10315 Berlin Tel.: (030) 98 31 763 0, Fax: (030) 98 31 763 19
E-Mail: kst-lichtenberg@volkssolidaritaet.de

Rummelsburger Straße 13 (Sana-Gesundheitszentrum „Am Tierpark“), 10315 Berlin
Tel.: (030) 25 93 5 7955, Fax: (030) 25 93 5 7959
E-Mail: anja.kuhn@bkk-vbu.de

Marzahn-Hellersdorf

Janusz-Korczak-Straße 11, 12627 Berlin
Tel.: 0800/265 080 28686 (kostenfrei), Fax: (030) 99 27 41 60
E-Mail: janusz-korczak-str@pfligestuetzpunkteberlin.de

Marzahner Promenade 49, 12679 Berlin Tel.: (030) 514 30 93, Fax: (030) 514 30 61
E-Mail: psp.marzahn-hellersdorf@albatrosoggmbh.de

Mitte

Karl-Marx-Allee 3, 10178 Berlin
Tel.: 0800/265080 28100 (kostenfrei), Fax: 0800/265080 28110 (kostenfrei)
E-Mail: Karl-Marx-Allee@pfligestuetzpunkteberlin.de

Reinickendorfer Straße 61, 13347 Berlin
Tel.: (030) 45 94 11 03, Fax: (030) 45 94 11 05
E-Mail: pfligestuetzpunkt@egzb.de

Neukölln

Donaustraße 89, 12043 Berlin
Tel.: 0800/265 080 27110 (kostenfrei), Fax: 0800/265 080 27105 (kostenfrei)
E-Mail: donaustr@pfligestuetzpunkteberlin.de

Werbellinstraße 42, 12053 Berlin
Tel.: (030) 689 77 00, Fax: (030) 689 77 020
E-Mail: pfligestuetzpunkt@hvd-berlin.de

Pankow

Hauptstraße 42, 13158 Berlin

Tel.: 0800/265 080 24890 (kostenfrei), Fax: 0800/265 080 24895 (kostenfrei)

E-Mail: hauptstr@pfligestuetzpunkteberlin.de

Mühlenstraße 48, 13187 Berlin

Tel.: (030) 47 53 17 19, Fax: (030) 47 53 18 92

E-Mail: psp.pankow@albatrosggmbh.de

Reinickendorf

Schloßstraße 23, 13507 Berlin

Tel.: (030) 41 74 48 91, Fax: (030) 41 74 48 93

E-Mail: psp-berlin-reinickendorf@kbs.de

Wilhelmsruher Damm 116, 13439 Berlin

Tel.: (030) 49 87 24 04, Fax: (030) 49 87 23 94

E-Mail: psp.reinickendorf@albatrosggmbh.de

Spandau

Carl-Schurz-Straße 2-6, 13578 Berlin

Tel.: (030) 90279 2026, Fax: (030) 90179 7560

E-Mail: pfligestuetzpunkt.spandau@evangelisches-johannesstift.de

Rohrdamm 83, 13629 Berlin Tel.: (030) 34 35 59 96 0, Fax: (030) 34 35 59 96 3

E-Mail: stephan.grossmann@sbk.org

Steglitz-Zehlendorf

Johanna-Stegen-Straße 8, 12167 Berlin

Tel.: (030) 76 90 26 00, Fax: (030) 76 90 26 01

E-Mail: pfligestuetzpunkt@dwstz.de

Teltower Damm 35 (Forum Zehlendorf), 14169 Berlin

Tel.: 0800/265080 26 550, Fax: 0800/265080 26 505 (kostenfrei)

E-Mail: teltowerdamm@pfligestuetzpunkteberlin.de

Tempelhof-Schöneberg

Pallasstraße 25, 10781 Berlin

Tel.: 0800/265080 26 210, Fax: 0800/265080 26 205 (kostenfrei)

E-Mail: pallasstr@pfligestuetzpunkteberlin.de

Reinhardtstraße 7, 12103 Berlin Tel.: (030) 755 07 03, Fax: (030) 755 07 050

E-Mail: pfligestuetzpunkt.berlin@vdk.de

Treptow-Köpenick

Hans-Schmidt-Straße 16-18

Bezirksamt Treptow-Köpenick, 3. Etage, Raum 302-304, 12489 Berlin

Tel.: 0800/265 080 27450 (kostenfrei), Fax: 0800/265 080 27455 (kostenfrei)

E-Mail: hans-schmidt-str@pfligestuetzpunkteberlin.de

Spreestraße 6, 12439 Berlin

Tel.: (030) 39 06 38 25, Fax: (030) 39 06 38 26

E-Mail: psp.treptow-koepenick@albatrosoggmbh.de

7
n machen
WG-Dienste
von sich aus
Angebote von

Was passiert, wenn
ein Benützer freier
sich nicht zümmert?

0
Zuständigkeit
z.B. Arztbesuche
Schnittstelle: Behälter / SST

Pflegeschritte spezielle
Kationen für ihre
in den Wohngemeinschaft
den mit Demenz?

Wollen oder können sich
Angehörige + Behälter
stärke in den WG-Leben
einbringen?

Kann es eine „Task-Force“
für akute Probleme in WG
geben, wenn Angehörige nicht
weiter kommen?
evtl. durch Heimaufsicht

1
wsp-ziel
Angehörigenstandards
Pflegedienste

1
In wie weit sind
Kooperationen möglich?
z.B. Beschwerde-
management

Muttersch

- ambul
- Heim

Wer führt und steuert
das System?
z.B. Sätze einer passenden
Wk

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales



Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Oranienstraße 106
10969 Berlin
(030) 9028-0
www.berlin.de/sen/gessoz/
pressestelle@sengs.berlin.de

Fotos: Titel, © Monkey Business – Fotolia.com
S. 4 links, © Amin Akhtar;
Dieses Produkt ist auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

© 06/2013